



Selbst & Ständig

Ich-AG

Für 40 Prozent der Ein-Personen-Unternehmen (EPU) reicht das Einkommen eher nicht oder gar nicht aus, um den Lebensunterhalt zu decken. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen bei Steuern und Sozialversicherungen sind für mehr als zwei Drittel der EPU die größten Problemfelder.

Ein-Personen-Unternehmen repräsentieren mit einer Gesamtanzahl von 170.000 mittlerweile 54 Prozent aller Mitgliedsunternehmen der Wirtschaftskammer Österreich. Ein-Personen-Unternehmen werden entsprechend der neuen KMU-Definition der Europäischen Kommission der Gruppe der Kleinstbe-

triebe untergeordnet, die 86 Prozent aller österreichischen Unternehmen ausmacht. Zählt man 36.000 Neue Selbstständige, die zum größten Teil als Ein-Personen-Unternehmen tätig sind, hinzu, erhöht sich die Anzahl der Ein-Personen-Unternehmen in Österreich auf rund 200.000.

Alles-Selber-Machen

„Das Phänomen Ein-Personen-Unternehmen hat viele Gesichter“, betont Martina Schubert vom Forum zur Förderung der Selbstständigkeit (FO.FO.S), das Projekte zur Förderung von Gründern, EPU und

Martina Schubert, FO.FO.S: EPU stellen in der Ständesvertretung einen Sonderfall dar



Mikrobetriebe entwickelt. Unter Ein-Personen-Unternehmern findet man klassische Freiberufler ebenso wie jene Gruppierungen von Produzenten und Dienstleistern, die des Lean Managments wegen mehr oder weniger in die Selbstständigkeit gedrängt wurden. Für die unterschiedlichen Einzelunternehmergruppen gelten daher völlig unterschiedliche Rahmenbedingungen. Unter den EPU finden sich Unternehmer, die an oder un-

Text □ Michael Neubauer

„Österreich liegt mit einem Anteil von 54 Prozent an Ein-Personen-Unternehmen unter dem europäischen Durchschnitt.“

A3ECO FO.FO.S

Forum zur Förderung der Selbstständigkeit

FO.FO.S entwickelt Produkte und führt Projekte durch, um GründerInnen, Ein-Personen-Unternehmen (EPU), Neue Selbstständige und Mikrobetriebe zu fördern. Seit dem Jahr 2000 beschäftigt sich FO.FO.S im Rahmen von Forschungs und Entwicklungsprojekten mit dem Thema „Förderung von Ein-Personen-Unternehmen“ (EPU).

FO.FO.S wirkt interdisziplinär und vernetzt ExpertInnen aus folgenden Bereichen:

- ☐ Unternehmensberatung, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit
- ☐ Didaktik, Train-the-Trainer, E-Learning
- ☐ Karrieretraining, Berufsorientierung
- ☐ Lebens- und Sozialberatung
- ☐ CSR – Corporate Social Responsibility

Kontakt:

Forum zur Förderung der Selbstständigkeit

Mag. Martina Schubert
Landstraßer Hauptstraße 71/2
1030 Wien
office@focos.at

ter der Armutsgrenze herumschrammen ebenso wie Spitzenverdiener. Grundsätzlich sehen sich EPU's zwar flexibler und unabhängiger als andere Gruppen, jedoch beklagen viele EPU's die starke Abhängigkeit von einzelnen Auftraggebern und die Tatsache, am Ende doch nicht als vollwertiger Unternehmer gesehen zu werden. Auch das „Selbst und Ständig-Prinzip“, des „Alles-Selber-Machen“ und „Nichts-Delegieren-Können“ wird oft als Belastung empfunden, weiß Schubert zu berichten.

Blickt man auf die europäische Ebene, so wird nur zwischen größeren und kleineren Unternehmen unterschieden, Ein-Personen-Unternehmer und ihre besonderen Situationen kommen auch in der neuen Definition aus dem Jahre 2005 nicht vor. Als groß gelten Unternehmen mit über 250 Mitarbeitern und 43 Millionen Euro Umsatz, als mittel gelten Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern und 43 Millionen Umsatz. Kleine Unternehmen haben bis zu 50 Mitarbeiter und maximal zehn Millionen Euro Umsatz, kleinste beschäftigen bis zu zehn Mitarbeiter und machen maximal zwei Millionen Euro Umsatz. Das Feld der Kleinstunternehmer bildet das Gros der Unternehmen. 91 Prozent davon treten als EPU in Erscheinung. Auf Europa umgelegt bedeutet dies, dass 61 Prozent aller europäischen Unternehmer Ein-Personen-Unternehmer sind.

Working Poor

„EPU's stellen auch in der Standesvertretung einen unternehmerischen Sonderfall dar“, betont Schubert. Denn als Gruppe, die keine Angestellten beschäftigt, sind Einpersonnenunternehmer in der Arbeitgeberorganisation eigentlich fehl am Platz, denn nur knapp ein Drittel der EPU's trägt sich mit dem Gedanken, Mitarbeiter aufzunehmen. Mit „nur“ 54 Prozent EPU-Anteil liegt Österreich unter dem europäischen Durchschnitt. Die Situation wird allerdings durch die 1997 in Kraft getretene Sozialrechtsreform verschärft, die gerade für EPU's mit der Einführung des Champignonprinzips vergleichbar war: „Kommt's Kopferl raus, bist a scho brockt.“ Gerade im dritten Unternehmerjahr kommen auf den Einzelunternehmer Be-

lastungen zu, die er zumeist nur unter Aufbietung all seiner Ressourcen meistern kann. Mit Sozial-Versicherung hat ein System, das Beitragserhöhungen und Vorinkasso zusammenfallen lässt, nur wenig zu tun. Daher wünscht sich Schubert viel mehr Flexibilität bei der Sozialversicherung. Dies würde aber voraussetzen, dass man erst einmal die divergenten Gruppierungen unter den Einpersonnenunternehmern erkennt und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse spezifisch wahrnimmt. Vielleicht würde es dann auch gelingen, die Schwierigkeiten zu erkennen, die bei der Geldbeschaffung auftreten. „Basel II macht es selbst wohlwollenden Bankbetreuern nahezu unmöglich, montear unter die Arme zu greifen. Auch bei Wirtschaftsförderungen fallen EPU's viel zu oft durch den Rost“, so Schubert.

Warum wird man selbstständig

Im Rahmen des EU-Projektes „Self-Employment“ befragte das Forum Ein-Personen-Unternehmen in Österreich. Rund drei Viertel der befragten Ein-Personen-Unternehmen haben sich

Gerhard Schödl,
WKO: „Wollen
Gleichstellung,
z. B. bei der
Einkommensteuer“



für die berufliche Selbstständigkeit entschieden, um erstmals oder wieder in den Arbeitsmarkt einzutreten, besser zu verdienen oder mehr Unabhängigkeit zu erreichen. Andere Begründungen sind die Umsetzung einer persönlich faszinierenden Geschäftsidee oder eine bessere Lebensqualität. Einige der Befragten sehen ihre Selbstständigkeit als Ergebnis von Studien oder Arbeitserfahrung, während weitere Ein-Personen-Unternehmen eine Phase der Arbeitslosigkeit beenden wollten. In einzelnen Fällen liegt der Beweggrund zur Selbstständigkeit auch im Mangel oder der Nichtexistenz von Arbeitskräftenachfrage spezieller Berufsbilder im Angebotsverhältnis.

62 Prozent der Ein-Personen-Unternehmen arbeiten ganz oder teilweise zu Hause und ein Drittel hat seinen Arbeitsplatz direkt beim Kunden. Nur drei Prozent teilen sich ihr Büro mit anderen. Die fehlende zeitliche und räumliche Abgrenzung zwischen Arbeit- und Privatleben wird als problematisch empfunden. Dennoch wird die Vereinbarkeit mit dem Privatleben von allen Befragten als insgesamt hoch eingeschätzt.

Jedes vierte Ein-Personen-Unternehmen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 21 und 40 sowie 41 und 60 Stunden kann kein wirklich ausreichendes Einkommen erwirtschaften. Natürlich besteht ein Zusammenhang mit nicht ausreichendem Einkommen und einer Arbeitszeit von unter 20 Wochenstunden. Der beachtliche Anteil an Personen, die über 40 Wochenstunden arbeiten und trotzdem kein ausreichendes Einkommen erwirtschaften, deutet auf „Working Poor“ hin.

Da verwundert es auch nicht, dass es bei 71 Prozent der Befragten keine Überlegungen gibt, in den nächsten drei Jahren jemanden einzustellen. Nur knapp ein Drittel (29 Prozent) glaubt, den Schritt vom Ein-Personen-Unternehmen zum Mikro-Unternehmer schaffen zu können oder wollen.

Die soziale Absicherung der Ein-Personen-Unternehmer steht auch unter im Mittelpunkt der EPU-Offensive der Wirtschaftskammer. Das die WKÖ sich zu wenig um die EPU gekümmert habe,

will Schödl so nicht gelten lassen. „Wir haben für die EPU einiges erreicht“, betont der EPU-Beauftragte Gerhard Schödl. Im Konkreten handelt es sich dabei um die Halbierung der Mindestbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung oder die Entlastung der Kleinunternehmer durch die Senkung der Mindestbeitragsgrundlage in der Pensionsversicherung. Weitere Forderungen seien offen und müssen in das künftige Regierungsprogramm einfließen. Dies betreffe vor allem den Bereich der sozialen Absicherung: Verbesserungen bei der Betriebsunterbrechung im Krankheitsfall, Schaffung einer attraktiven Betriebsausfallversicherung sowie eine freiwillige Arbeitslosenversicherung bzw. eine unbefristete Rahmenfristerstreckung beim Bezug von AMS-Leistungen. Auch bei der Einkommenssteuer will Schödl den Hebel angesetzt wissen. „Wir wollen eine Gleichstellung zwischen unselbstständig Beschäftigten und Selbstständigen beim Jahressechstel erreichen, analog der Besteuerung des 13./14. Monatsgehalts“, betont Schödl. Klar ist die Stoßrichtung für Schödl, wenn es um das Wachstum der EPU geht. „EPU sollen nicht zwangsläufig EPU bleiben, sondern Mitarbeiter einstellen, wenn sie das wollen und am Markt etabliert sind.“ Um die EPU bei diesen Bemühungen zu unterstützen fordert der EPU-Beauftragte die Ausweitung des NeuFöG. Bis dato wurde Jungunternehmern im ersten Jahr nach dem Unternehmensstart eine Reduktion der Lohnnebenkosten in Höhe von rund sieben Prozent gewährt. Dies soll nun auch für die ersten drei Jahre gelten, in denen ein EPU Mitarbeiter einstellt. DIE WKÖ erhofft sich dadurch etwa 40.000 weitere Mitarbeiter, wenn diese Maßnahme nur etwa ein Viertel der EPU in Anspruch nimmt. □

© Erick - FOTOLIA

A3ECO Self-Employment-Befragung

Probleme und Hindernisse der befragten Ein-Personen-Unternehmen

Anfänglich hoher Arbeitsaufwand verbunden mit kaum Einkommen	61,7%
Rechtliche Rahmenbedingungen im Bereich Steuern und Sozialversicherung	59,9%
Finanzierungsschwierigkeiten	47,5%
Arbeit rund um die Uhr	44,5%
Bürokratische Hindernisse	30,9%
Rechtliche Rahmenbedingungen zur Gründung eines Ein-Personen-Unternehmens	29,1%
Mangelnde Marktinformationen	28,8%
Mangelnde Kompetenzen und Ausbildung	18,4%
Vorurteile	16,6%
Mangelnde Berufserfahrung im speziellen Tätigkeitsbereich	11,3%
Wenig Unterstützung von Familie und FreundInnen	12,5%
Angst (Risiken, Krankheit, Frustration)	3,0%
Fehlende Nachfrage bzw. KundInnen	3,0%
Selbstmotivation und Selbsteinschätzung	2,4%
Anderes: Fehlende Kontakte, fehlendes Networking, fehlende dauerhafte Unterstützung, mangelndes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Probleme mit KundInnen, Fluktuation des Einkommens, Fehleinschätzung bei eigenen Ideen, fehlende Unterstützungsleistungen für Mütter, fehlende Interessensvertretung / Lobbying	7,2%
Keine Antwort	1,5%